

## 26489-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Planungsleistungen für die Erschließung des Wohngebiets Schöttlenberg

OJ S 10/2024 15/01/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Dienstleistungen

### 1. Beschaffer

---

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Marienheide

E-Mail: [marco.schmereim@marienheide.de](mailto:marco.schmereim@marienheide.de)

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

### 2. Verfahren

---

#### 2.1. Verfahren

Titel: Planungsleistungen für die Erschließung des Wohngebiets Schöttlenberg

Beschreibung: Die Gemeinde Marienheide beabsichtigt, gemeinsam mit der Oberbergischen Aufbau GmbH als Projektentwickler und Treuhänder, den Bereich Schöttlenberg am westlichen Siedlungsrand des Zentrums von Marienheide als Wohngebiet zu beplanen und als solches zu erschließen. Ziel der ausschreibungsgegenständlichen Planung ist die Entwicklung eines Wohngebietes auf der Grundlage eines städtebaulichen Entwurfes, welcher im Februar 2023 fertiggestellt wurde. Ausschreibungsgegenständlich sind die Leistungsbilder "Ingenieurbauwerke" (§ 43 HOAI i. V. m. Anlage 12 HOAI), "Verkehrsanlagen" (§ 47 HOAI i. V. m. Anlage 13 HOAI) und "Ingenieurvermessung" (§ 3 Abs. 1 HOAI i. V. m. Anlage 1, Ziffer 1.4.1 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2, 1.4.4, 1.4.7 HOAI). Vertragspartner wird die Gemeinde Marienheide. Das mit der Entwicklung des städtebaulichen Konzepts beauftragte Planungsbüro wird im Falle einer Bewerbung im hiesigen Verfahren zugelassen. Ein Wettbewerbsvorteil besteht nicht. Die entsprechend angefertigten Unterlagen werden als Anlagen zur Leistungsbeschreibung im Rahmen dieser Bekanntmachung allen Interessenten zur Verfügung gestellt.

Kennung des Verfahrens: 0036f31f-3e92-4293-961c-5d05009856a4

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

##### 2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71210000 Beratungsdienste von Architekten, 71240000

Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71353000 Oberirdische Vermessung

##### 2.1.2. Erfüllungsort

---

Stadt: Gemeinde Marienheide  
Postleitzahl: 51709  
Land, Gliederung (NUTS): Oberbergischer Kreis (DEA2A)  
Land: Deutschland

### 2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 295 462,18 EUR

### 2.1.4. Allgemeine Informationen

#### Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

### 2.1.6. Ausschlussgründe

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingender Ausschlussgrund "Bildung krimineller Vereinigungen" gemäß § 123 Abs. 1 Nr. 1 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingender Ausschlussgrund "Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung" gemäß § 123 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 3 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Betrugsbekämpfung: Zwingender Ausschlussgrund "Betrug oder Subventionsbetrug" gemäß § 123 Abs. 1 Nr. 4 und Nr. 5 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Korruption: Zwingender Ausschlussgrund "Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung" gemäß § 123 Abs. 1 Nr. 6, Nr. 7, Nr. 8 und Nr. 9 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingender Ausschlussgrund "Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung" gemäß § 123 Abs. 1 Nr. 10 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingender Ausschlussgrund "Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen" gemäß § 123 Abs. 4 Nr. 1 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Entrichtung von Steuern: Zwingender Ausschlussgrund "Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben" gemäß § 123 Abs. 4 Nr. 1 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund "Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund "Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund "Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Zahlungsunfähigkeit: Fakultativer Ausschlussgrund "Zahlungsunfähigkeit" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Konkurs: Fakultativer Ausschlussgrund "Insolvenz" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Fakultativer Ausschlussgrund "Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Fakultativer Ausschlussgrund "Einstellung der beruflichen Tätigkeit" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Fakultativer Ausschlussgrund "Schwere Verfehlung" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Fakultativer Ausschlussgrund "Bildung krimineller Vereinigungen" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Fakultativer Ausschlussgrund "Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von

Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Fakultativer Ausschlussgrund "Interessenkonflikt" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Fakultativer Ausschlussgrund "Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Fakultativer Ausschlussgrund "Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Fakultativer Ausschlussgrund "Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens" gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 8 und Nr. 9 GWB. Der Bewerber hat eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen. Für die Eigenerklärung ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden.

## 5. Los

---

### 5.1. Los: LOT-0001

Titel: Planungsleistungen für die Erschließung des Wohngebiets Schöttlenberg  
Beschreibung: Die Gemeinde Marienheide beabsichtigt, gemeinsam mit der Oberbergischen Aufbau GmbH als Projektentwickler und Treuhänder, den Bereich Schöttlenberg am westlichen Siedlungsrand des Zentrums von Marienheide als Wohngebiet zu beplanen und als solches zu erschließen. Ziel der ausschreibungsgegenständlichen Planung ist die Entwicklung eines Wohngebietes auf der Grundlage eines städtebaulichen Entwurfes, welcher im Februar 2023 fertiggestellt wurde. Ausschreibungsgegenständlich sind die Leistungsbilder "Ingenieurbauwerke" (§ 43 HOAI i. V. m. Anlage 12 HOAI), "Verkehrsanlagen" (§ 47 HOAI i. V. m. Anlage 13 HOAI) und "Ingenieurvermessung" (§ 3 Abs. 1 HOAI i. V. m. Anlage 1, Ziffer 1.4.1 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2, 1.4.4, 1.4.7 HOAI). Vertragspartner wird die Gemeinde Marienheide. Das mit der Entwicklung des städtebaulichen Konzepts beauftragte Planungsbüro wird im Falle einer Bewerbung im hiesigen Verfahren zugelassen. Ein Wettbewerbsvorteil besteht nicht. Die entsprechend angefertigten Unterlagen werden als Anlagen zur Leistungsbeschreibung im Rahmen dieser Bekanntmachung allen Interessenten zur Verfügung gestellt.

Interne Kennung: E78737135

#### 5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71210000 Beratungsdienste von Architekten  
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71210000 Beratungsdienste von Architekten, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71353000 Oberirdische Vermessung

**Optionen:**

Beschreibung der Optionen: Mit Zuschlagserteilung werden zunächst nur die Grundleistungen der Leistungsphasen 1 - 3 in den Leistungsbildern "Ingenieurbauwerke" und "Verkehrsanlagen" und die Grundleistungen in den Leistungsphasen 1 - 4 im Leistungsbild "Ingenieurvermessung/Planungsbegleitende Vermessung" gemäß Planervertrag beauftragt. Die Beauftragung der Grundleistungen in den weiteren Leistungsphasen 4 - 9 in den Leistungsbildern "Ingenieurbauwerke" und "Verkehrsanlagen", der optionalen besonderen Leistungen sowie der Grundleistungen in den Leistungsphasen 1 - 5 im Leistungsbild "Ingenieurvermessung/Bauvermessung" jeweils gemäß Planervertrag erfolgen entsprechend den Regelungen im Planervertrag.

**5.1.2. Erfüllungsort**

Land, Gliederung (NUTS): Oberbergischer Kreis (DEA2A)  
Land: Deutschland

**5.1.6. Allgemeine Informationen**

**Vorbehaltene Teilnahme:**

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja  
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

**5.1.7. Strategische Auftragsvergabe**

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

**5.1.9. Eignungskriterien**

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Zum Nachweis der Eignung zur Berufsausübung werden die nachfolgenden Eignungskriterien und Nachweise festgelegt:

Beschreibung des Auswahlkriteriums: In Form von Eigenerklärungen: (1) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB (2) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB (3) Eigenerklärung zum besonderen Berufsstand des Architekten/Ingenieurs gemäß § 75 VgV; Soweit vorliegend als Berufsqualifikation der Beruf des Architekten bzw. des Ingenieurs gefordert wird, ist nach § 75 Abs. 1 und 2 VgV zugelassen, wer nach den Architektengesetzen oder Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Architekt oder beratender Ingenieur zu tragen oder nach EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt oder als beratender Ingenieur tätig zu werden. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen projektverantwortlichen Berufsangehörigen gemäß § 75 Abs. 1 und/oder Abs. 2 VgV benennen. Es ist zu versichern, dass die Projektverantwortlichen zur Führung der geforderten Berufsbezeichnung befugt sind. Für

vorstehende Erklärungen ist das Formblatt "Teilnahmeantrag" zu verwenden. (4)  
Eigenerklärung zum Nichtbestehen eines Russlandbezugs. Für die vorstehende Erklärung ist die "Eigenerklärung Russland" (Anlage 6 zum Teilnahmeantrag) zu verwenden. (5)  
Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 22 LkSG. Für die vorstehende Erklärung ist die "Eigenerklärung Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz" (Anlage 7 zum Teilnahmeantrag) zu verwenden. In Form von Fremdnachweisen: (6) Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister des Staates, in dem der Bewerber niedergelassen ist (nicht älter als drei Monate zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist). Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) kann als vorläufiger Nachweis zur Eignung eingereicht werden. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit werden die nachfolgenden Eignungskriterien und Nachweise festgelegt:

Beschreibung des Auswahlkriteriums: In Form von Eigenerklärungen: (1) Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers in € netto in den letzten drei abgeschlossenen

Geschäftsjahren; Mindestbedingungen: Durchschnittlicher jährlicher Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren von mindestens € 400.000,00 netto. (2) Erklärung über die Umsätze des Bewerbers in € netto in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit sie Planungs- und Beratungsleistungen betreffen, die mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind. Für vorstehende Erklärungen soll das Formblatt "Teilnahmeantrag" verwendet werden. In Form von Fremdnachweisen: (3) Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung nicht älter als drei Monate zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist; Mindestbedingungen: Die Deckungssummen müssen mindestens jeweils € 5.000.000,00 für Personen- und Sachschäden sowie mindestens € 5.000.000,00 für Vermögensschäden je Versicherungsjahr zweifach maximiert betragen. Falls eine Versicherung bzw. die Versicherungen mit diesen Deckungssummen derzeit nicht besteht /bestehen, genügt die Vorlage einer unterschriebenen Eigenerklärung des Bewerbers, dass er im Auftragsfall, eine entsprechende Versicherung bzw. Versicherungen auf erstes Anfordern der Auftraggeberin abschließt und die Erklärung eines Versicherers (in nicht beglaubigter Kopie), dass dieser zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung mit dem Bewerber bereit ist. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) kann als vorläufiger Nachweis zur Eignung eingereicht werden. Mindestbedingungen: - Durchschnittlicher jährlicher Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren von mindestens € 400.000,00 netto - Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung müssen mindestens jeweils € 5.000.000,00 für Personen- und Sachschäden sowie mindestens € 5.000.000,00 für Vermögensschäden je Versicherungsjahr zweifach maximiert betragen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit werden die nachfolgenden Eignungskriterien und Nachweise festgelegt:

Beschreibung des Auswahlkriteriums: In Form von Eigenerklärungen wird gefordert: (1) Erklärung zu der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren (2021, 2022 und 2023) jeweils durchschnittlich jährlichen Anzahl von Beschäftigten. (2) Erklärung zu der in den

letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren (2021, 2022 und 2023) jeweils durchschnittlich jährlichen Anzahl von festangestellten Architekten/Ingenieuren. Mindestbedingungen: Es werden nur Bewerber berücksichtigt, die in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren 2021, 2022 und 2023 jeweils im Jahresdurchschnitt mindestens vier festangestellte Architekten und/oder Ingenieure hatten. (3) Angabe von jeweils zwei Referenzen in den Leistungsbildern „Ingenieurbauwerke“, „Verkehrsanlagen“ und "Ingenieurvermessung (Planungsbegleitende Vermessung und/oder Bauvermessung)" im Zeitraum ab 2021 bis zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist, deren Planungsanforderungen mit denen der zu vergebenden Planungs- und Beratungsleistung vergleichbar sind. Zu nennen sind die erbrachten wesentlichen Leistungen (Beschreibung des Auftragsgegenstandes), der Empfänger (Auftraggeber, mit Ansprechpartner und Telefonnummer oder E-Mail-Adresse), der Erbringungszeitraum, der Auftragswert der erbrachten Leistungen in € netto sowie die zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist abgeschlossenen Leistungsphasen.

Mindestbedingungen: - Eine Referenz wird nur dann berücksichtigt, wenn sie zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist bis einschließlich Leistungsphase 3 abgeschlossen ist. Es werden nur Referenzen berücksichtigt, die – jede für sich betrachtet – die Mindestbedingungen erfüllen. Soweit der Bewerber mehr als zwei Referenzen für ein, zwei oder drei Leistungsbilder der letzten drei Jahre angeben möchte, kann dies unter Übernahme der Gliederung unter G. im "Teilnahmeantrag" auf einer gesonderten Anlage erfolgen. (4) Gesamtberufserfahrung des zu benennenden Projektleiters und des zu benennenden stellvertretenden Projektleiters (Angabe in Jahren). Es ist zu versichern, dass der benannte Projektleiter und der benannte stellvertretende Projektleiter bei der Durchführung der ausschreibungsgegenständlichen Leistungen zum Einsatz kommen. Dies gilt vorbehaltlich der schriftlichen Zustimmung der Auftraggeberin zum Austausch des Personals, die die Auftraggeberin aus wichtigem Grund verweigern kann. Für die vorstehenden Erklärungen soll das Formblatt "Teilnahmeantrag" verwendet werden. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) kann als vorläufiger Nachweis zur Eignung eingereicht werden. Mindestbedingungen: - Es werden nur Bewerber berücksichtigt, die in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren 2021, 2022 und 2023 jeweils im Jahresdurchschnitt mindestens vier festangestellte Architekten und/oder Ingenieure hatten. - Eine Referenz wird nur dann berücksichtigt, wenn sie zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist bis einschließlich Leistungsphase 3 abgeschlossen ist.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden und objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Teilnahmeanträge werden auf Vollständigkeit geprüft. Dann wird geprüft, welche Bewerber geeignet sind. Liegen mehr als fünf geeignete Bewerber vor, findet eine Begrenzung auf maximal fünf geeignete Bewerber statt. Sofern die Zahl geeigneter Bewerber geringer ist als vier findet keine Begrenzung statt. Inwieweit maximal fünf Bieter zur Abgabe eines Erstangebotes aufgefordert werden, bleibt der Auftraggeberin vorbehalten. Die Kriterien für die Begrenzung der Teilnahmeanträge sind: (1) Gesamtberufserfahrung des Projektleiters (max. 20 Punkte): 10 Punkte werden für die Angabe von mindestens fünf Jahren Gesamtberufserfahrung des Projektleiters vergeben. Ab jedem weiteren Jahr gibt es weitere 2 Punkte. Es können maximal 20 Punkte für die Angabe von 10 Jahren Gesamtberufserfahrung des Projektleiters erzielt werden. (2) Mitarbeiteranzahl (max.

30 Punkte): 10 Punkte werden für im Jahresdurchschnitt der Kalenderjahre 2021, 2022 und 2023 ermittelte mindestens fünf festangestellte Architekten und/oder Ingenieure vergeben. Ab jedem weiteren im Jahresdurchschnitt der Kalenderjahre 2021, 2022 und 2023 ermittelten festangestellten Architekten und/oder Ingenieur gibt es weitere 2 Punkte. Es können maximal 30 Punkte für 15 im Jahresdurchschnitt der Kalenderjahre 2021, 2022 und 2023 ermittelte festangestellte Architekten und/oder Ingenieure erzielt werden. Für die Wertung sind die geforderten Angaben maßgeblich. Es können maximal 50 Punkte erzielt werden. Die unter den vorstehenden Kriterien erzielten Punkte des jeweiligen Bewerbers werden addiert und bilden die für die Begrenzung der Bewerber relevante Gesamtpunktzahl. Die Bewerber werden entsprechend ihrer Gesamtpunktzahl in absteigender Reihenfolge berücksichtigt. Ergibt sich aufgrund eines Punktegleichstands die Eignung von mehr als fünf Bewerbern, entscheidet zwischen den gleichrangigen Bewerbern das Los. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Für Bietergemeinschaften (1), Eignungsleihe (2) und Nachunternehmer (3) gelten die nachfolgenden Regelungen zum Nachweis der Eignung:

Beschreibung des Auswahlkriteriums: (1) Bietergemeinschaften: Bei der Beteiligung von Bietergemeinschaften haben diese mit ihrem Angebot eine Aufstellung der Mitglieder der Bietergemeinschaft mit Bezeichnung des bevollmächtigten Vertreters für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages sowie eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung einzureichen, dass der bevollmächtigte Vertreter alle weiteren Mitglieder der Bietergemeinschaft vertritt und alle Mitglieder bei der Auftragsausführung als Gesamtschuldner haften. Hierfür soll das beigefügte Formblatt für Bietergemeinschaften (Anlage 1 zum Teilnahmeantrag) verwendet werden. Die Erklärungen und Nachweise Ziffer 5.1.9. dieser Bekanntmachung sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen. Die Auftraggeberin behält sich vor, gegebenenfalls Fremdnachweise für die unter 5.1.9. geforderten Eigenerklärungen nachzufordern, um die Eigenerklärungen zu verifizieren. (2) Eignungsleihe: Der Bewerber bzw. die Bietergemeinschaft kann im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er bzw. sie nachweist, dass ihm bzw. ihr die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden. Hierzu ist/sind dieses bzw. diese anderen Unternehmen unter Verwendung des Formblatts Eignungsleihe (Anlage 3 zum Teilnahmeantrag) zu benennen und die Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (Anlage 3a zum Teilnahmeantrag) mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Zudem sind für das bzw. die eignungsleihenden Unternehmen die genannten Eignungsnachweise mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Die unter Ziffer 5.1.9. "wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit" und 5.1.9. "technische und berufliche Leistungsfähigkeit" bezeichneten Unterlagen hat der Bewerber bzw. die Bietergemeinschaft im Falle der Eignungsleihe mit dem Teilnahmeantrag für diese Dritten in dem Umfang vorzulegen, in dem sich der Bewerber bzw. die Bietergemeinschaft auf die Fähigkeiten der Dritten zum Nachweis seiner/ihrer wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit beruft. Außerdem hat der Bewerber bzw. die Bietergemeinschaft das Formblatt "Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Eignungsleiher)" (Anlage 4 zum Teilnahmeantrag) jeweils auch von diesen benannten Dritten mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. (3) Nachunternehmer: Beabsichtigt ein Bewerber bzw. die Bietergemeinschaft, Teile des Auftrags durch Nachunternehmer zu erbringen und will der Bewerber bzw. die Bietergemeinschaft sich zugleich auf deren wirtschaftliche und/oder

finanzielle sowie technische und/oder berufliche Leistungsfähigkeit berufen, sind die Vorgaben der Eignungsleihe zu beachten. Beabsichtigt ein Bewerber bzw. die Bietergemeinschaft, Teile des Auftrags durch Nachunternehmer zu erbringen, ohne sich zugleich auf deren wirtschaftlichen und/oder finanzielle sowie technische und/oder berufliche Leistungsfähigkeit zu berufen, müssen die Teile des Auftrags, die im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte vergeben werden, im Formblatt bei Einbeziehung von Unterauftragnehmern (Anlage 2 zum Teilnahmeantrag) angegeben werden. Soweit zumutbar, sind in Anlage 2 zum Teilnahmeantrag die vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen und das Formblatt Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer (Anlage 2a zum Teilnahmeantrag) mit dem Teilnahmeantrag abzugeben. Sofern die Nachunternehmer nicht benannt wurden, kann die Auftraggeberin vor Zuschlagserteilung von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, verlangen, unter Verwendung der Anlage 2 zum Teilnahmeantrag die Unterauftragnehmer zu benennen und unter Verwendung der Anlage 2a zum Teilnahmeantrag, nachzuweisen, dass die ihnen erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen. In Bezug auf den für den Zuschlag vorgesehenen Bieter prüft die Auftraggeberin vor der Erteilung des Zuschlags, ob Gründe für den Ausschluss des/der Unterauftragnehmer(s) vorliegen. Dies erfolgt durch Anlage 4 zum Teilnahmeantrag. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

**Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:**

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

**5.1.10. Zuschlagskriterien**

**Kriterium:**

Art: Preis

Beschreibung: Der Preis fließt mit 60% in die Wertung der Angebote ein.

**Kriterium:**

Art: Qualität

Beschreibung: Die Qualität der angebotenen Leistungen fließt mit 40% in die Wertung der Angebote ein. Das Zuschlagskriterium Qualität besteht aus den Unterkriterien "Umsetzungskonzept" (20%) und "Qualität des Projektteams" (20%).

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann: Bezüglich der Bewertungsmethode wird auf das Dokument "Zuschlagskriterien" verwiesen, welches Teil der Vergabeunterlagen und für jeden Bewerber /Bieter einsehbar ist.

**5.1.11. Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E78737135>

**5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**

**Verfahrensbedingungen:**

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 06/03 /2024

**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E78737135>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 16/02/2024 10:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Sofern Unterlagen nachgefordert werden, wird dies dem jeweiligen Bewerber/Bieter über die Kommunikationsfunktion der Vergabepattform mitgeteilt.

**Auftragsbedingungen:**

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Ja

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

#### **5.1.15. Techniken**

**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

Kein dynamisches Beschaffungssystem

#### **5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland bei der Bezirksregierung Köln

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Auftraggeberin weist ausdrücklich auf die Rügeobliegenheiten der Unternehmen/Bewerber/Bieter sowie auf die Präklusionsregelungen gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 bis Nr. 4 GWB hinsichtlich der Behauptung von Verstößen gegen die Bestimmungen über das Vergabeverfahren hin. § 160 Abs. 3 S. 1 GWB lautet: Der Antrag (auf Nachprüfung) ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 S. 2 GWB bleibt unberührt. Die Auftraggeberin weist insbesondere darauf hin, dass ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens gemäß § 160 Abs. 3 S.1 Nr. 4 GWB unzulässig ist, wenn nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen (Nichtabhilfeentscheidung), mehr als 15 Kalendertage vergangen sind. Die Auftraggeberin wird gemäß § 134 GWB die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, hiervon vor Zuschlagserteilung nach Maßgabe des § 134 Abs. 1 GWB informieren. Bei Information auf elektronischem Weg oder per Telefax darf der Vertrag erst 10 Kalendertage

nach Absendung der Information geschlossen werden (§134 Abs. 2 Satz 1 GWB). Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber, § 134 Abs. 2 Satz 3 GWB.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:  
Vergabekammer Rheinland bei der Bezirksregierung Köln  
TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

## 8. Organisationen

---

### 8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI  
Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83  
Stadt: Bonn  
Postleitzahl: 53119  
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)  
Land: Deutschland  
E-Mail: [esender\\_hub@bescha.bund.de](mailto:esender_hub@bescha.bund.de)  
Telefon: +49228996100

**Rollen dieser Organisation:**

TED eSender

### 8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Marienheide  
Registrierungsnummer: Leitweg-ID 053740024024-31001-95  
Stadt: Marienheide  
Postleitzahl: 51709  
Land, Gliederung (NUTS): Oberbergischer Kreis (DEA2A)  
Land: Deutschland  
E-Mail: [marco.schmerein@marienheide.de](mailto:marco.schmerein@marienheide.de)  
Telefon: +49 22644044-169

**Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer

### 8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland bei der Bezirksregierung Köln  
Registrierungsnummer: Leitweg-ID 05315-03002-81  
Stadt: Köln  
Postleitzahl: 50667  
Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)  
Land: Deutschland  
E-Mail: [VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de](mailto:VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de)  
Telefon: +49 2211473045

Fax: +49 2211472889

**Rollen dieser Organisation:**

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

## Informationen zur Bekanntmachung

---

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: c7d2d0d9-049f-4327-a396-024c4df14ade - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 12/01/2024 15:16:19 (UTC+01:00)

Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 26489-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 10/2024

Datum der Veröffentlichung: 15/01/2024